

ARGUMENTATIONSHILFE

**Für eine sozial gerechte
und ökologische
Landwirtschaft**

DIE LINKE.

THEMA

FÜR EINE SOZIAL GERECHTE UND ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT

Die exportorientierte Landwirtschaft schadet Mensch, Natur und Tier: Lebensmittelskandale häufen sich, Menschen im globalen Süden leiden unter der Zerstörung ihrer landwirtschaftlichen Strukturen, die industrielle Landwirtschaft trägt massiv zum Klimawandel bei und Tiere leben zwecks Renditedruck unter quälenden Bedingungen. Wir wollen bezahlbare und gesunde Nahrungsmittel für alle. Wir wollen regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen als Gegenstrategie zur Marktmacht von Schlachthof-, Molkerei- und Handelskonzernen. Den Ökolandbau bauen wir aus auf mindestens 25 Prozent der Agrarfläche bis 2030.

Genossenschaftliche Landwirtschaft, Formen der solidarischen Landwirtschaft sowie Erzeuger- und Vermarktungsgemeinschaften sind besonders zu unterstützen. Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen und Einkommen durch flächendeckende Tarifverträge in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft ein. Auch in der Landwirtschaft muss man von der Arbeit gut leben können – als Familienarbeitskraft, in der Saisonarbeit wie auch in Vollzeit.

DIE LINKE setzt sich für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik ein. Zahlungen sollen konsequent an wissenschaftlich fundierte Umwelt- und Sozialkriterien und an den Tierschutz gebunden werden. Nur Betriebe, die diese Vorgaben umsetzen, sollen Direktzahlungen erhalten – egal ob groß oder klein, ökologisch oder konventionell.

Was sagen die anderen?

Die Grünen wollen für »mindestens die Hälfte der Gelder eine ökologische Zweckbindung« festschreiben, die Massentierhaltung dadurch abschaffen, dass »deutlich weniger Tiere gehalten werden als bisher«. **Grüne, SPD** und **CDU** wollen eine bessere Lebensmittelkennzeichnung (z.B. ein Tierwohllabel), damit sich die Menschen freiwillig für ökologischere Produkte entscheiden. Die **FDP** will vor allem den Wettbewerb in der Landwirtschaft stärken, ist gegen Agrarsubventionen und für »marktwirtschaftliche Preisbildung«. Die **AfD** will Familienbetriebe und regionale Vermarktung stärken und (EU)-Regulierung abbauen

LINKE Gegenargumente

Die Agrarpolitik der Bundesregierung und der EU fördert momentan vor allem die industrielle Landwirtschaft, ökologische Standards sind minimal, weshalb ihre Forderungen wenig glaubhaft sind. Eine bessere Kennzeichnung allein macht die Landwirtschaft außerdem nicht ökologischer, dazu braucht es klare gesetzliche Regelungen. Die Vorschläge vernachlässigen außerdem die soziale Ungleichheit: arme Menschen haben einen kleineren ökologischen Fußabdruck, sind jedoch von Umweltbelastungen stärker betroffen. Jede und jeder hat ein Recht auf bezahlbare und gesunde Nahrungsmittel. Für flächendeckende Tarifverträge ist nur die LINKE.